

An das
Bundesministerium für Finanzen
Himmelpfortgasse 4 - 8
1015 Wien

Wien, 16. März 2007
GZ 301.671/001-S4-2/07

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Entschädigung von Verkehrsopfern (Verkehrsopfer-Entschädigungsgesetz – VOEG) sowie einer Novelle zum Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz 1994 u.a.

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit Schreiben vom 26. Februar 2007, GZ BMF-400201/0001-III/6/2007, übermittelten Entwurfs eines Verkehrsopfer-Entschädigungsgesetzes sowie eines Bundesgesetzes, mit dem das Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz 1994 und weitere Rechtsvorschriften geändert werden, und teilt mit, dass aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen bestehen.

Von dieser Stellungnahme werden u.e. 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: